Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Visual Library

Ach, sagte John mit etwas spöttisch demütigem Tone, wenn er Geld genug hat, wird er niemals zugeben, daß seine Tochter einen so armen Teufel wie mich heiratet!

Puh! Um deinen Titel! rief Lady Blanchemain. Außerdem hast du gute Aussichten! Heißt du nicht Prospero?

Ich glaube nicht an Orakel, erklärte John.

Ich möchte dir dringend raten, dies mehr zu tun, sagte Lady Blanchemain mit einem Lächeln, das etwas geheimnisvolles an sich hatte.

Mittlerweile war der Wagen in das Dorf eingefahren und hielt am Postamt an.

Warte nicht auf mich, bat John, es ist nur ein kurzes Ende zum Schlosse, und für dich wäre es nur ein Umweg.

Gut, also lebe wohl für heute! antwortete sie, und hege mehr Glauben und Vertrauen zu Orakeln — vorausgesetzt, daß sie günstig lauten!

Allein geblieben, zog sie aus irgendeiner verborgnen Tasche ihres falten- und falbelreichen Gewandes einen unverschlossenen Brief hervor, öffnete ihn, breitete ihn auseinander und begann zu lesen. Es war ein langer Brief, in ihrer Herrlichkeit höchsteigner, hübscher, vornehmer, etwas altmodischer Handschrift geschrieben und an die „Messrs. Farrow, Bernscott und Tindale, Solicitors, Lincolns Inn Fields, London," adressierter Brief. Nachdem sie ihn zweimal durchgelesen hatte, steckte sie ihn, wiederum mit einem geheimnisvollen Lächeln, in den Umschlag und verschloß diesen.

Halten Sie am Postamt, befahl sie ihrem Kutscher, als sie in Roccadoro einfuhren; dort angelangt, reichte sie dem Diener ihren Brief mit den Worten: Bitte, lassen Sie dies einschreiben!

Annunziata lauerte im Garten auf John. Sie rannte ihm entgegen, packte seinen Arm und hüpfte — da er ruhig weiter schritt — neben ihm her.

Wer war sie? Woher ist sie gekommen? Wohin hat sie Sie mitgenommen? Von wem war das Telegramm? fragte sie in einem Atem, während sie ihr Lockenköpfchen zärtlich an seinen Ärmel schmiegte.

Piano, piano — sachte, sachte! rief John. Immer hübsch eine Frage nach der andern. Nun fang noch mal von vorn an!

Von wem war das Telegramm? fragte sie gehorsam, aber von hinten beginnend.

Ach, erwiderte er, das Telegramm kam von meinem Freunde Prospero! Morgen kommt er hierher, und wir müssen deinen Onkel fragen, ob er ihm ein Bett geben kann.

Und die alte Dame? fuhr Annunziata in ihrem Verhör weiter fort.

Die alte Dame — die war meine gütige Fee, behauptete John — viel richtiger, als er ahnte.

(Fortsetzung folgt)

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichsspiegel. (Interpellation im preußischen Herrenhause. Die politische Selbsteinschätzung des Reichstags. Steuerfragen. Die Konferenz in Algeciras und die Weltlage.)

Die Herrenhausinterpellation wegen der Sozialdemokratie ist um zehn Tage zu spät gekommen. Mitte Januar, bevor die sozialdemokratische Parteileitung die Abwiegelungsparole ausgegeben hatte, würde die Interpellation einen weit größern Eindruck gemacht haben und auch der Regierung vielleicht willkommner gewesen sein als jetzt post festum, wo sich tatsächlich die vorhandnen Gesetze als ausreichend erwiesen haben, jedenfalls so weit, daß die Regierung im jetzigen Augenblick nicht daran

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

denken kann, Repressivmaßnahmen zu beantragen, zumal bei diesem Reichstage. Was im gegebnen Ernstfalle geschehn würde, über die Abwehr hinaus, darüber spricht man doch am besten nicht vorher. Soll im jetzigen Stadium zu Repressivmaßnahmen geschritten werden, so müßte die Regierung im voraus des Reichstages sicher sein; sie könnte sich damit keiner Ablehnung aussetzen und könnte auch ohne neue schwerwiegende Gründe solche Maßnahmen nicht zur Wahlparole einer Reichstagsauflösung machen. Folglich bleibt auch hier das Wünschenswerte dem Erreichbaren anzupassen.

Unmittelbar nach der Beantwortung der Interpellation ist die Mitteilung an die Öffentlichkeit gelangt, daß man die Diätenfrage in Angriff nehmen wolle, um eine Ursache der dauernden Verstimmung des Reichstags zu beseitigen. Ob das „Haus"mittel auf die Dauer eine größere Aktionsfähigkeit des hohen Hauses zur Folge haben wird, ist eine andre Frage, über die finanziellen und sonstigen Schwierigkeiten der jetzigen Session wird es wohl hinweghelfen. Eine jüngst im Reichstage zitierte sozialdemokratische Äußerung, daß Diäten die einzelnen sozialdemokratischen Abgeordneten von der Parteileitung unabhängiger machen würden, ist — selbstverständlich — in Abrede gestellt worden. Das bedurfte keiner Ableugnung. Die parlamentarischen Mitglieder der Partei werden auch mit Diäten nicht wider den Stachel löcken dürfen. Zudem wird die materielle Unabhängigkeit so groß nicht werden, da die Parteikasse voraussichtlich einen bedeutenden Prozentsatz als „Einkommensteuer" oder als Ersatz für die Wahlkosten von diesen Diäten erheben wird. Sollten die Diäten darüber hinaus eine wesentliche Verstärkung der Sozialdemokratie im Reichstage zur Folge haben — dann um so besser: wir kommen dann desto eher zu der gründlichen Läuterung, der unsre innern Verhältnisse mit und ohne Diäten doch unaufhaltsam zutreiben.

Fürst Bülow hat niemals einen Zweifel daran gelassen, daß er die Diätengewährung als eine Frage von sehr hoher Verantwortlichkeit ansehe. Wenn er sich jetzt wider Erwarten dennoch dazu entschließt, so müssen es schwerwiegende Gründe sein, die ihn bestimmen, und deren Abschätzung nur dem Träger der Verantwortlichkeit selbst zusteht. Der Reichstag wird das politische Armutszeugnis, das ihm mit dieser Verfassungsänderung ausgestellt wird, sicherlich mit großer Befriedigung aufnehmen, denn es ist ja seine eigne politische Selbsteinschätzung, der dabei Folge gegeben wird! Seltsam: in allen unsern Städten finden sich Männer genug, die die immerhin keineswegs leichte Bürde eines unbesoldeten ehrenamtlichen Magistratsmitgliedes mit Stolz und Pflichttreue jahrzehntelang in stiller, selbstloser Arbeit auf sich nehmen, aber das Deutsche Reich vermag keine 397 Abgeordnete aufzubringen, die stolz genug sind, das höchste Amt, das ihre Mitbürger vergeben können, als unbesoldetes Ehrenamt auszuüben, und zu stolz, als daß sie sich Kosten dafür vergüten ließen! Die Anschauung, die Bismarck und die Regierungen von 1867, verführt durch die Zusammensetzung des konstituierenden Reichstags, vom deutschen Volke gehabt hatten, ist also doch zu hoch gewesen. Der „Männerstolz vor Königsthronen" erscheint jetzt mit den zuvor von allen deutschen Fürsten bewilligten Anwesenheitsgeldern in der Tasche — eine Steigerung der Achtung kann das weder bei den Regierungen, noch bei der Nation, noch im Auslande zur Folge haben. Komme man nicht mit dem Hinweise auf die Kammern von Frankreich, Italien, Österreich oder Ungarn; der deutsche Reichstag, wie der Schöpfer des Reichs ihn erdacht hatte, stand turmhoch über diesen allen. Jetzt sinkt er auf das Niveau jener Parlamente hinab. Deutschland wird um eine große politische Illusion ärmer und wechselt einen eichnen Tragbalken im Reichsgebäude gegen einen kiefernen aus. Hoffen wir, „daß nichts nachfällt."

Ob dem Zentrum wirklich ein so großer Gefallen mit der Befriedigung dieses seines langjährigen Wunschzettels geschieht? Das Zentrum hat immer Wünsche, mit denen es nur so lange paradiert, als es sicher ist, daß sie unerfüllt bleiben. Seit Jahren klingt die Klage aus seinen Reihen, daß der demokratische Flügel immer untraitabler werde, jetzt ist nun für seine Vollzähligkeit gesorgt, denn diese Leute werden sicher

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

zur Stelle sein. Und nun erst der Kandidatenandrang bei den Neuwahlen! Bisher war das „M. d. R." auf den Visitenkarten der Reichstagsabgeordneten dem englischen M. o. P. gleichwertig. Das ist nun vorbei. Wenn die Anwesenheitsgelder auf ein Maximum beschränkt werden, gewinnen wir hoffentlich damit eine Bürgschaft für kurze Sessionen. Der so ängstlich auf den Schutz des Steuerzahlers bedachte Reichstag wird dieses Schutzes fortan sicherlich bei der Festsetzung jeder Rednerliste eingedenk bleiben. Der Seniorenkonvent dürfte eigentlich nur noch mit Mitgliedern der Budgetkommission besetzt werden, oder er müßte seine Funktion an diese Kommission abtreten. Dauerredner sind jetzt nicht mehr zulässig, zumal da mit der zunehmenden Frequenz im Reichstage auch die Zahl der Redner nicht unbedeutend wachsen wird. Kurzum, der Magnet der Anwesenheitsgelder wird den Reichstag auf einige Zeit interessanter machen. Vielleicht gibt er seiner Dankbarkeit gar in einer Resolution Ausdruck, in der er die Marineverwaltung „auffordert" — implicite unter Zusage der Mittel —, den Ersatzbau der veralteten Schiffe zu beschleunigen, die in den Listen als Linienschiffe figurieren, ohne daß sie es jemals gewesen sind. Mit solcher Resolution würden ja nur die Sünden beseitigt, die dem diätenlosen Reichstage zuliebe bei den frühern Flottengesetzen begangen werden mußten, und der Reichstag könnte damit am Ende die ärgsten Diätengegner versöhnen, die beschämt gestehn müßten, daß wenn sie von solchen patriotischen Wirkungen der Anwesenheitsgelder früher eine Ahnung gehabt hätten ...

Und die Finanzreform? Der Reichstag, der seine eignen Finanzen so durchgreifend reformiert, wird doch an der Finanznot des Reiches, die noch dazu alljährlich um die Summe der zu zahlenden Anwesenheitsgelder steigt, nicht ungerührt vorübergehn. Die Kommission hat ja ohnehin die Notwendigkeit einer Vermehrung der Reichseinnahmen um zweihundert Millionen Mark anerkannt. Die Umänderung des Brausteuergesetzentwurfs und die voraussichtliche Umgestaltung des Tabaksteuerentwurfs werden die Erträgnisse, die das Reichsschatzamt aus diesen beiden Steuerquellen zu gewinnen hoffte, um etwa sechzig Millionen Mark schmälern, für die ebenso wie für die voraussichtlich fallenden kleinen Steuern Ersatz geschafft werden muß. Von dem Steuererträgnis der Regierungsvorlage wird nicht viel mehr als die Hälfte übrig bleiben, die Kommission muß also für ungefähr hundert Millionen Mark neue Steuern vorschlagen. Frankreich nimmt $416^1/_2$ Millionen allein aus der Getränkesteuer ein, bei uns darf keine Steuer auferlegt werden, die den „armen Konsumenten" belastet! Der Aufschlag auf Eisenbahnfahrkarten bringt in Frankreich 66 Millionen, bei uns soll nicht einmal der auch in Österreich so ertragreiche Frachtbriefstempel erlaubt werden, der in seinem geringen Satze weder eine Belastung noch eine Belästigung des Verkehrs enthält. Zündholz-, Tabak- und Pulvermonopol bringen in Frankreich 485 Millionen Franken ein, in Deutschland kann man aber nicht einmal eine ausgiebige Besteuerung des Tabaks erreichen! Unter den vorgeschlagnen Ersatzmitteln figuriert auch eine Annoncensteuer, die, wie es den Anschein hat, in der Kommission keinem nachhaltigen Widerspruch begegnet. Schließlich würde sie doch eine Besteuerung der Presse bedeuten, und es ist kaum anzunehmen, daß das Zentrum das seinen kleinen Blättern ernstlich wird antun wollen. Aber die Meinung geht dahin, daß diese Steuer die Massen nicht trifft, und daß sich die Zeitungen durch geringe Preiserhöhungen zu helfen wissen werden.

Behaglicher sieht es auf internationalem Gebiet aus. Der Geburtstag des Kaisers ist nicht nur im Reiche selbst mit vielen bedeutsamen Reden gefeiert worden, unter denen die des Reichstagspräsidenten Grafen Ballestrem in mehrfacher Hinsicht auffiel, sondern auch die deutschen Vertreter im Auslande haben Anlaß zu Kundgebungen gehabt, aus denen allerlei zu notieren sein dürfte. Besonders bemerkenswert war die patriotische Rede des bayrischen Gesandten in Petersburg, der dem Gedanken von Kaiser und Reich einen edeln, begeisterten Ausdruck lieh, ferner die Betonung des Dreibundes durch den deutschen Botschafter in Wien und endlich die Rede des Fürsten Radolin in Paris, die hoffentlich in Frankreich nicht miß-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

verstanden wird. Unser Annäherungsbedürfnis an Frankreich ist nicht größer als das französische zu uns. Aber man hat in Deutschland das Vertrauen, daß der Nachfolger des Präsidenten Loubet ein Mann von entschieden friedlichen Gesinnungen sein werde, und daß auch aus diesem Grunde auf einen befriedigenden Ausgang der gegenwärtig die Mächte beschäftigenden Verhandlungen zu rechnen sei.

Die Konferenz in Algeciras geht einen Weg, mit dem wir bis jetzt in Deutschland nur zufrieden sein können, und der für die Reichspolitik, von der der Konferenzgedanke ausgegangen ist, immer mehr einen vollen Erfolg bedeutet. Frankreich hat bisher eine internationale Anerkennung seiner „besondern Stellung in Marokko" über die Grenzgebiete hinaus in keinem einzigen Falle erlangen können, und auch was die Grenzgebiete anlangt, ist nicht ihm allein ein Vorzugsrecht, sondern bei der Kontrolle des Waffenschmuggels ist Spanien dasselbe Recht für die Umgebungen seiner Presidios zuerkannt worden. An französischen Stimmen, die Spanien vorwarfen, daß es sich hinter Deutschland gesteckt und Frankreich „verraten" habe, hat es bei dieser Gelegenheit nicht gefehlt, aber es ist doch selbstverständlich, daß den Spaniern in diesem Falle recht ist, was den Franzosen unter völlig gleichen Verhältnissen als billig zuerkannt wird. Das Gegenteil wäre eine durchaus unberechtigte Hintansetzung Spaniens gewesen. — In der Polizeifrage hat der Vorschlag des italienischen Vertreters überrascht, die Handhabung der Polizei an Italien zu übertragen. Wenn Frankreich die Handhabung der Polizei für ganz Marokko nun einmal nicht erhalten konnte, so ist ihm deren Handhabung durch Italien jedenfalls lieber als jede andre Form der Organisation. Denn mit Italien wird es sich über besondre Wünsche leicht verständigen, vielleicht ist diese Verständigung auch schon im voraus erfolgt. Die Konferenzmächte werden deshalb ein Auge darauf haben müssen, daß die Französierung oder „Tunisifizierung" Marokkos nicht etwa unter italienischem Etikett erfolgt. Wer in Marokko die Polizei in der Hand hat, dominiert auch in wirtschaftlicher und in politischer Beziehung; und wenn sich Italien etwa Frankreich gegenüber gebunden hat oder binden sollte, diese Polizei im Interesse Frankreichs und seiner Wünsche auszuüben, so würde das doch ein zu einfacher Umweg gewesen sein, der angestrebten „besondern Stellung" die internationale Anerkennung zu sichern. Man darf jedoch annehmen, daß Italien gehalten werden wird, seiner Handhabung der Polizei den internationalen Charakter und das internationale Mandat aufzuprägen. Für Italien würde es ohnehin ein Gewinn sein, daß es sich in Marokko ohne Kosten ein geeignetes Personal für Tripolis schulen kann. Damit es aber nicht etwa Franzosen anstellt oder eines Tags sein Mandat auf Grund geheimer Abmachungen an Frankreich abtritt, wird die Konferenz entsprechend Vorsorge tragen müssen. Die römische Tribuna nimmt zwar zu dem Vorschlage des italienischen Vertreters eine sehr merkwürdige Stellung ein. Sie nimmt die Miene an, als ob Italien durchaus keine Neigung habe, wie in Kreta und in Makedonien so auch in Marokko den „Gendarm Europas" zu spielen und damit in Marokko einem Anspruch Frankreichs entgegenzutreten, den es in besondern Abmachungen schon anerkannt habe. Man weiß nicht recht, wer in diesem offiziösen Organ spricht, ob der französische Botschafter Barrère oder der italienische Minister Sangiuliano. Der von Visconti Venosta in Algeciras — übrigens nicht amtlich — gemachte Vorschlag beruht doch jedenfalls auf einer vorherigen Verständigung mit Revoil und wurzelt in der Erwägung, daß die Franzosen, wenn sie selbst das Generalmandat nicht erhalten können, das italienische — zumal den vorhandnen Abmachungen gegenüber — vor jeder internationalen Polizei bevorzugen. Sollte der Vorschlag amtlich gemacht werden, so wird sich Deutschland schwerlich ablehnend verhalten.

Für Deutschland liegt ein großer Vorteil darin, daß es in Herrn von Radowitz einen außerordentlich gewandten Diplomaten der alten Schule zur Stelle hat, der durch sein persönliches Ansehen ebenso wie durch seine langjährigen Erfahrungen, als Botschafter Deutschlands in Madrid, mit den einschlägigen Verhältnissen und namentlich auch mit den Interessen Spaniens in Marokko genau vertraut ist. Herr von Radowitz ist auch ein guter Kenner der Gepflogenheiten der französischen Diplomatie

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

und Herrn Revoil in jeder Hinsicht mehr als gewachsen. Auf der Konferenz von 1880 hatte der damalige deutsche Bevollmächtigte die Weisung, mit Frankreich zu gehn, weil Deutschland in Marokko keine Interessen habe. Das Blatt hat sich jetzt gewandt, und Herr Revoil sucht verständigerweise vor dem Eintritt in einen neuen Beratungsgegenstand die Verständigung mit dem Vertreter Deutschlands.

Herr von Radowitz ist da immer zu jedem Entgegenkommen bereit, das nicht gegen die zwischen Deutschland und Frankreich vereinbarten und von der Konferenz anerkannten Prinzipien verstößt, und bis jetzt ist eine Verständigung immer noch schneller und in urbanern Formen erfolgt, als nach den Verhandlungen in Paris während des Sommers erwartet werden konnte. *s*

Vom Nil. Dr. Adolf Harpf ist ein Forscher „völkischer" Richtung, der seine Überzeugung schon in zahlreichen Schriften, in Prosa wie in Versen verfochten hat. Sein neustes Buch: Morgen- und Abendland, vergleichende Kultur- und Rassestudien (Stuttgart, Strecker und Schröder, 1905), ist die Frucht einer Studienreise im Nillande. Nur zwei Ergebnisse seiner Rassenforschung wollen wir anmerken. „Die unfreie Ehewahl ist überall ein Zeichen niedern oder herabgekommnen Rassegehalts eines Volks, denn sie ist überhaupt nur dann möglich, wenn es dem Weibe, wie dies heute im Orient ganz allgemein der Fall ist, bis zu einem gewissen Grade gleichgiltig ist, welchen und was für einen Mann es hat. Eben dieser Umstand, dieses geringe Zuchtwahlbedürfnis — das gerade Gegenteil der wesentlichen Artung höherer Rasseweiber — macht im Orient die strenge Abschließung des weiblichen Geschlechts durch Zucht, Sitte und Gesetz nötig." Und den orientalischen Weisen, der Beschaulichkeit und Genügsamkeit der europäischen Gier und Unrast vorzieht, schätzt er sehr gering ein. „Die niedern Rassen wollen nichts als leben; sie haben keine über des Lebens Notdurft hinaus gerichteten Ziele, und was solche Ziele zu sein scheinen, wie Ansätze religiösen Gefühls, ästhetische Neigungen, das nimmt bei ihnen überall im letzten Grunde einen rein materiellen Charakter an," die Religion wird Zauberei, die Kunst Sinnenkitzel zur Aufstachelung der leiblichen Genußfähigkeit. „Die große Masse des Rassenpöbels der Erde betrachtet die von Ideen getragnen Werke der Kultur, die freilich nur mit seinem Schweiße geschaffen werden konnten, als reine Kraftvergeudung, als Menschenquälerei zur Befriedigung eines sinnlosen Luxusbedürfnisses privilegierter Faulenzer." Daher der Kulturhaß der Kommunards, der Anarchisten und der heutigen Orientalen; deren heutiger Geschmack sei die Wirkung der Verpöbelung ursprünglich rasseedler Völker, „einer Verpöbelung, der der Islam mit seiner Moral der Allverbrüderung und wahlloser Blutmischung aller Glaubensgenossen die Krone aufgesetzt hat." Auf die Frage der Orientalen freilich: Wozu euer rastloses Streben? weiß er keine andre Antwort zu geben als: Wir streben, um zu streben; Erfüllung aller unsrer Wünsche wäre der Tod. Das ist zwar richtig, aber es befriedigt nicht; befriedigend lautet nur die Antwort des Christen: Wir arbeiten und streben, um Gottes Willen zu erfüllen; den letzten Zweck der Erdenarbeit der Menschheit werden wir erst im Jenseits erfahren.

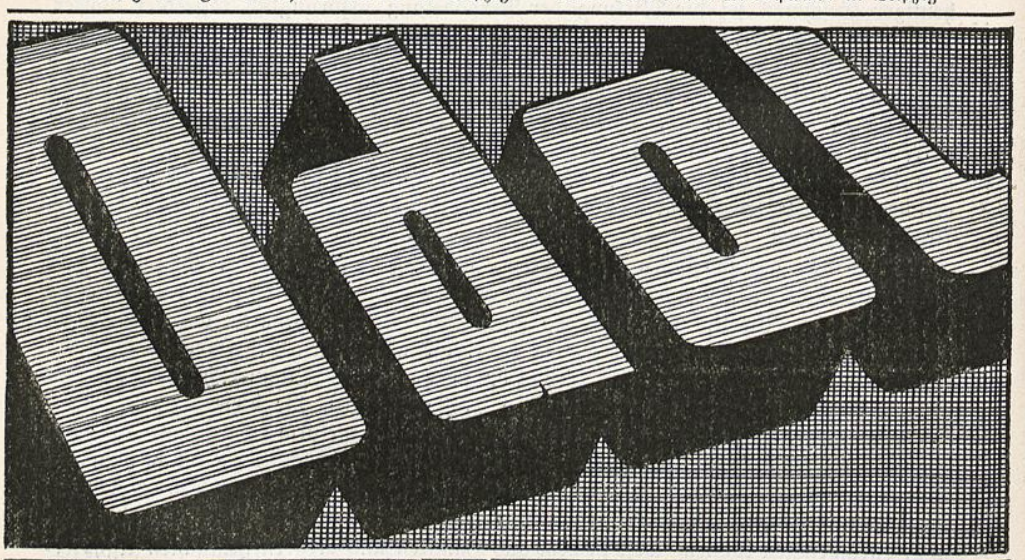
Von den antiquarischen Aufschlüssen, die der Verfasser gibt, sind besonders zwei interessant. Die ägyptische Geschichte erzählt von einer Religionsneuerung, die Amenhotep der Vierte, der sich nach der Sonne (Aten) Achenaten oder Chuenaten nannte, „mit Fanatismus" durchgesetzt habe, die aber ihren Begründer nicht überlebt habe. Nach Harpf ist es des Königs aus dem Mitanireiche am Euphrat stammende Mutter, eine Frau kaukasischer Rasse, gewesen, die diese Reform unternommen hat. Auf nichts geringeres habe es die Reform abgesehen, als den fetischistischen Tierdienst der Ägypter durch einen reinen, hochsittlichen und humanen Monotheismus, die Urreligion der Weißen, zu verdrängen. Sinnbild oder Verkörperung des einen Gottes sei die allbelebende Sonne gewesen. Die Reform habe nicht durchdringen können, weil in dem aus Hamiten und Negern gemischten Ägypter-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

volke das Negerblut überwogen habe. Das andre Ergebnis betrifft die Hungerjahre in der Geschichte des biblischen Josephs. Diese haben sich zu der Zeit ereignet, wo die Hykſos Unterägyptens schon von dem Pharao Oberägyptens bedrängt wurden. Dieser war nahe daran, eine Festung einzunehmen, die der Schlüssel zum Mörissee war. Wer diesen See hatte — er war ja zur Regulierung des Wasserstandes des Nils angelegt worden —, der konnte im Beginn der Flut das Nilwasser in den See ableiten und die Überschwemmung des Unterlandes verhindern. Darum träumte dessen Beherrscher von magern Kühen, und deshalb sah Joseph die Hungersnot voraus. Brugsch hat zuerst diese Erklärung gefunden, Harpf aber glaubt sie vervollständigt und berichtigt zu haben. Und er macht die Anwendung davon auf die heutige Politik. Wer Ägypten beherrscht, der muß den Oberlauf des Nils in der Hand haben; ein feindlicher Besitzer des Oberlandes kann im Unterlande Hungersnöte erzeugen. Darum mußten die Franzosen aus Faschoda vertrieben werden. Auch die Stauwerke bei Assuan dienen politischen Zwecken; in wirtschaftlicher Beziehung sollen sie für die Umgegend nicht günstig wirken.

Eine Missionsgeschichte. Unter dem Titel: Was ist Wahrheit? hat Hildegard Daiber (bei Strecker und Schröder in Stuttgart, 1905) das Tagebuch eines spanischen Mönches herausgegeben, der, von echt christlicher Liebe getrieben, auf die Karolineninsel Ponape gekommen war und dort seinen Glauben verlor, weil er ansehen mußte, wie die brutalen spanischen Soldaten das gutgeartete Volk mißhandelten, die Mönche diese Schandwirtschaft billigten und ihre Missionstätigkeit darauf beschränkten, die Ponapesen mit Waffengewalt zur Erduldung der Taufe und zur Teilnahme an den Kirchenzeremonien zu zwingen. Der arme idealistische Schwärmer, der gegen diese Art Mission protestierte und freundschaftliche Annäherung an die Eingebornen erstrebte, wurde als Ketzer behandelt. Hedwig Daiber kam gerade zum Begräbnis des jungen Mönches; ein gleichgestimmter Freund von ihm übergab ihr sein Tagebuch. Die Deutschen erschienen als Erlöser der Eingebornen von harter Sklaverei. Um diese Erzählung als einen Beitrag zur Geschichte der katholischen Missionen betrachten zu können, müßte man bestimmt wissen, ob das Tagebuch wirklich vorhanden und nicht etwa bloß eine Fiktion ist, dazu bestimmt, die Eindrücke, die die Verfasserin von den spanischen Missionen gewonnen hat, möglichst wirkungsvoll wiederzugeben. Die Darstellung ergreift und fesselt.

Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG